



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GD Wettbewerb
Information, Kommunikation, Multimedia

Medien, Musikverlage

Leipzig, 7 Mai 2002
COMP / C / 2 / HU / rdu

Medientreffpunkt Mitteldeutschland

Leipzig

6 - 8 Mai 2002

Podiumsdiskussion: Wie national müssen Medien sein

Beitrag

Dr Herbert Ungerer

Thesen

Vielen Dank für die Einladung und Möglichkeit, hier aus europäischer Sicht einige Anmerkungen zu machen.

Zur Eröffnung einige Thesen:

- Das Wachstumsmodell für den Mediensektor, das sich während der neunziger Jahre entwickelt hat, scheint europaweit ins Stottern geraten zu sein. Dies betrifft besonders die neuen Plattformen. Die Krisensituation ist in diesen Tagen wohlbekannt— ist aber keineswegs ein rein deutsches Problem.
- Die EU-Mitgliedstaaten haben während der Diskussionen der neunziger Jahre klar gemacht, dass Medienpolitik—und Kontrolle—im wesentlichen national bestimmt sein soll—in dem relativ weiten Rahmen der "Fernsehen ohne Grenzen" Richtlinie.

Der europäische Mediensektor geht daher mit verschiedenen nationalen Modellen in das Zeitalter der Globalisierung auch der Medien—Fernsehen, Internet. Der „Ball“ ist deshalb jetzt weitgehend bei den Mitgliedstaaten.

- Wesentliche Entwicklungen scheinen durch medienspezifische Regulierung nur schwer zu greifen zu sein—die wesentliche Entwicklung wird durch die Werbemärkte und den Rechtemarkt gesteuert.

Wir sehen europaweit vor allem Machtkonzentrationen—und gleichzeitig hohes Risiko—bei den Sportrechten.

Wichtige Leitentscheidungen haben sich zum allgemeinen Wettbewerbs- bzw. Kartellrecht (EU und Bundeskartellamt) verschoben. Die kürzliche Entscheidung des Bundeskartellamtes zu Liberty ist ein Beispiel. Ein anderes ist das derzeit laufende Verfahren bei der EU-Kommission bezüglich des Rechteverkaufs UEFA Champions League.

Zum Punkt 1.

Das Wachstumsmodell des Mediensektors „stottert“

Hierzu einige Zahlen.

Jedem hier ist die Bonanza der zweiten Hälfte der neunziger Jahre im Mediensektor—und ich spreche hier noch nicht einmal vom Internetboom—in Erinnerung:

- vom Ende der achtziger Jahre bis heute: von 50 Programmen europaweit auf nahezu 1500 heute.
- zu Beginn des Jahres 2000: 500 Channels mit nationaler Reichweite in der EU, terrestrisch und Satellit (plus 170% seit 1996).
- 8% Wachstum jährlich europaweit im Werbemarkt 1997-2000, pay TV teilweise wesentlich höher (zum Vergleich: das Gebühreneinkommen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wuchs europaweit im Schnitt um 3% jährlich).
- 45% des Umsatzes des Fernsehmarktes kommen aus dem Werbeaufkommen, der Rest etwa zu gleichen Teilen aus Gebühren und Abonnement.

- entsprechend explosionsartige Diversifizierung in Plattformen und Programmpaketen, vor allem im free TV und den neuen thematischen Kanäle, und im pay TV / pay per view. Die Erwartungen für interaktiv und broadband Internet blieben letzten Endes bis heute offen.

Aber:

die Expansion hatte ihren Preis:

- wohlbekannt: explosionsartiger Anstieg der Content-Preise; im Bereich der Sportrechte in Schlüsselbereichen um einen Faktor 4-6 in einem Zeitraum von nur vier Jahren.
- Ungesunde Marktkonzentrationen in diesen Bereichen

und:

- bereits 1998 /1999 schlitterte der TV Sektor in Europa insgesamt in ein globales Defizit.

Damit war die Krise von heute bereits vorprogrammiert—wenn sie auch durch die weltweite Krise im Internet und Telekombereich wesentlich verschärft wurde.

Zum Punkt 2.

Regulierungsstruktur in Europa

Die Diskussionen der neunziger Jahre haben in der EU zu einer Klarstellung geführt: Medienpolitik wird im wesentlichen als nationale Aufgabe gesehen.

Im EU-Rahmen sind Ausgangspunkte:

- die Sicherstellung der Dienstleistungsfreiheit in der EU.
- im Rahmen der Maastricht/Amsterdam Verträge: das Protokoll bezüglich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
- die Grundrehtediskussion in der EU: die Grundrechtecharter von Nizza (Artikel 11) und die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates (Artikel 10).

Im Resultat ist ein breiter Grundkonsens über die Ziele entstanden: Grundziele der Mitgliedstaaten und der EU im Medienbereich sind die Garantie des Pluralismus der Meinungen und die Bewahrung der kulturellen Vielfalt („pluralism and cultural diversity“).

Der Grundkonsens konkret:

- die Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen als Rahmenrichtlinie auf EU Ebene zur Sicherung des grenzüberschreitenden Fernsehens: Ursprungslandprinzip, Werbungseinschränkungen im TV, Jugendschutz, europäische Inhalte (Quote für "European content"), Zugang zu wesentlichen Ereignissen im free TV (sogenannte "listed events", die Möglichkeit für die Mitgliedsstaaten, Zugang zu "Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung" im free TV als verbindlich vorzuschreiben)
- der Schwerpunkt der Medienpolitik wurde eindeutig als Angelegenheit der Mitgliedsstaaten definiert.
- keine rundfunkspezifische Konzentrationskontrolle auf EU-Ebene (Resultat der Diskussion bezüglich des Grünbuchs zu Pluralismus und Medienkonzentration der neunziger Jahre). Die Kontrolle der Meinungsmacht ist damit derzeit eine rein

ationale Befugnis—hier in diesem Land der KEK ("Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich") und der Landesmedienanstalten.

- Bestätigung des öffentlichrechtlichen Rundfunks als Aufgabe der Mitgliedstaaten ("Mitteilung der Kommission über Beihilfevorschriften auf den öffentlichen Rundfunk")

Gleichzeitig gewann das EU Wettbewerbsrecht eine zentrale Rolle.

Zum Punkt 3.

Rolle des EU Wettbewerbsrechtes

Die Bedeutung des EU Wettbewerbsrechtes—wie auch des nationalen Wettbewerbsrechtes, hier in der Bundesrepublik GWB und Bundeskartellamt—für den Mediensektor ist während der letzten Jahre und Monate stark angewachsen.

Bezüglich des EU Wettbewerbsrechtes bedeutet dies vor allem die Aktivierung von:

- EU Merger Kontrolle (EU Fusionskontrollverordnung—FKVO)
- Die Kartellrechtsbestimmungen Art. 81 / 82 des EG Vertrages (Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Missbrauch marktbeherrschender Stellungen)
- Kontrolle staatlicher Beihilfen

In ihrem letzten Bericht nach §26 Abs. 6 RSTV ('Fortschreitende Medienkonzentration im Zeichen der Konvergenz—Bericht 2000) würdigt die KEK (Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich) die Rolle des EU Wettbewerbsrechtes im Medienbereich wie folgt:

"...die Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission [trägt] auf Grundlage ihrer Kompetenzen zur Sicherung des ökonomischen Wettbewerbs *mittelbar zur Sicherung des pluralistischen Wettbewerbes* bei..." (Hervorhebung zugefügt),

wenn die KEK auch hinzufügt, dass

"...das europäische Kartellrecht ebenso wenig wie das nationale Kartellrecht hinreichend auf die Erfordernisse der Pluralismus-Sicherung eingestellt ist".

Während des Zeitraums 1990 - 2000 wurden im Rahmen der Fusionskontrollverordnung 28 Entscheidungen betreffend des Mediensektor getroffen (davon 5 Verbotsentscheidungen). 16 Entscheidungen betrafen die Bundesrepublik, bzw. Fusionen mit deutschen Partnern (davon 3 Verbotsentscheidungen)

Wohlbekannte Beispiele sind:

- MSG Media Service—Kirch/Bertelsmann/DT (1994): negativ
- Bertelsmann/Kirch/ Premiere (1998): negativ—Marktmacht im Pay TV Markt
- BSkyB/Kirch PayTV (2000): positiv—mit Auflagen

Als Beispiel für die Anwendung des Art 81 EU Wettbewerbsrechts sei genannt:

- das laufende Verfahren zu Fernsehrechten / UEFA Champions League: Freistellungsantrag 1999, Beschwerdepunkte durch die Kommission 2001, Verfahren laufend.

Ohne auf nähere Einzelheiten einzugehen, zeigen alle diese Verfahren / Entscheidungen der Europäischen Kommission als gemeinsame Grundposition:

Die europäische Kommission

- hat eine grundsätzlich positive Position zu Restrukturierungen

aber

- nicht zum Preis einer horizontalen oder einer vertikalen Monopolisierung

Dies betrifft alle Ebenen:

- Programminhalte ('Content rights')
- Programmveranstalter (Programmes, Channels)
- Übertragung (Distribution Platforms)

Besondere Aufmerksamkeit werden während der nächsten Monate finden:

- Content rights (Sportrechte—Fußball/ Formel 1)
- Gatekeepers (technische Plattformen)

Hierzu ein Zitat von Kommissar Monti (beim European Competition Day vor zwei Monaten in Madrid):

"Die Kombination restriktiver Zentralvermarktung [von Rechten] und langfristigen Exklusivrechten können das normale Funktionieren der Märkte beeinträchtigen. Preise für Rechte können ein Niveau erreichen, dass Käufer die notwendigen Investitionen nicht mehr bewältigen.....Da der Wert der Rechte sich nicht unter normalen Wettbewerbsbedingungen einstellt, gehen Unternehmen, die sich diese nicht

substituierbaren Rechte sichern wollen, nicht zu rechtfertigende finanzielle Risiken ein. Dies kann zu einer extrem unsicheren Marktsituation führen, die für alle Beteiligten, Verbraucher, Medienindustrie, Sportverbände von Nachteil ist" [Übersetzung]

Dies wird viele an Diskussionen bezüglich der gegenwärtigen Situation in diesem Lande erinnern.

Abschließend.

Europa muss gegenwärtig Medienkrisen in fast allen größeren Mitgliedsstaaten bewältigen—vor allem im Bereich des digitalen Fernsehens / PayTV.

Es wird abzuwarten sein, ob die gegenwärtigen nationalen Medienstrukturen dazu in der Lage sein werden.

Hierzu die KEK: "Gegenwärtig gibt es kaum Regelungen für eine länderübergreifende Zusammenarbeit [bei der medienspezifischen Konzentrationskontrolle vorherrschender Meinungsmacht]" —im Gegensatz zur Zusammenarbeit bei der Kontrolle ökonomischer Marktmacht durch EU und nationales Kartellrecht.

Die KEK weiter: "Deshalb besteht die Gefahr, dass eine rein nationale Medienkonzentrationskontrolle die Wirklichkeit nur unzureichend erfasst".

Gleichzeitig bleibt der globale Einfluss des Internet eine offene Frage—wie es im Kontext der gegenwärtigen Diskussion zum Komplex Videospiele nach den tragischen Ereignissen von Erfurt wieder deutlich wird.

Die europäische Kommission hat gezeigt, dass sie den—jetzt notwendigen—Restrukturierungen des Sektors im Grundsatz positiv gegenübersteht, aber das EU-Wettbewerbs- und Beihilferecht als Maßstab anlegen wird. Eine Abschottung der nationalen Märkte oder nicht wettbewerbskonforme Lösungen würden die jetzige Krise im besten Fall nur verschieben, im schlimmsten zu einem Auseinanderdriften der Mitgliedsstaaten im kulturellen und technologischen Bereich führen.

Wir sollten dies bei den Diskussionen und Entscheidungen der kommenden Monate im Auge behalten.